

## **DIE ZEICHEN AN DER WAND**

### Analyse der Nationalratswahlen 2013

Von Univ.-Doz. Dr. Peter A. Ulram

Wien, Oktober 2013

# Inhaltsverzeichnis

## Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkung.....	3
1. Entwicklungslinien.....	4
1.1 Langfristige Entwicklungen.....	4
1.2. 2008 bis 2013.....	7
1.3. Entwicklungen im Wahlkampf 2013.....	15
2. Die Wahltagsbefragung.....	17
2.1. Zeitpunkt der Wahlentscheidung.....	18
2.2. Schwankende Wähler, Wählermobilität und Wechselwähler.....	21
2.3. Wahlverhalten und soziodemographische Gruppen.....	24
2.4. Zentrale Beweggründe der Wahlentscheidung.....	28
2.5. Hintergrundfaktoren der Wahlentscheidung.....	33
2.6. Das Internet als politische Informationsquelle.....	37
3. Bewertung und Folgen.....	38
Tabellenanhang.....	44
Literaturverzeichnis.....	46

## **Vorbemerkung**

Die vorliegende Studie basiert auf den Ergebnissen einer bundesweiten, repräsentativen Wahltagsbefragung vom 29. September 2013 (N=1.250 Telefoninterviews unter Wählern und Wählerinnen) sowie einer Reihe von telefonischen Vorwahlbefragungen. Die Studienleitung und Konzeption der Wahltagsbefragung erfolgten durch ECOQUEST Market Research & Consulting GmbH, die Durchführung oblag dem Telefonstudio von M & R Marktforschung und Regionalumfragen unter Leitung von Dr. Franz Sommer. Die Vorwahlumfragen wurden durch M & R sowie GfK Austria durchgeführt. Darüber hinaus wurden Forschungsergebnisse aus früheren Jahren sowie die Ergebnisse der repräsentativen Wahltagsbefragungen zu den Nationalratswahlen 1979 bis 2013 (Studienleitung Fritz Plasser und Peter A. Ulram) in die Analyse einbezogen.

Generell gilt, dass männliche Gruppenbezeichnungen aus Gründen der leichteren Lesbarkeit für Männer und Frauen gelten, es sei denn es wird explizit auf geschlechterspezifische Unterschiede Bezug genommen.

## 1. Entwicklungslinien

### 1.1 Langfristige Entwicklungen

Die österreichische Wählerschaft ist in den letzten Jahrzehnten immer ungebundener, mobilitätsbereiter und bei Wahlen auch faktisch mobiler geworden. De facto kann von einem **weitgehend offenen Wählermarkt** gesprochen werden:

- In den fünfziger Jahren des vorigen Jahrhunderts wiesen noch rund drei Viertel der Wahlberechtigten eine Parteiidentifikation („emotionales Naheverhältnis“) auf; mehr als sieben von zehn waren „gebundene Stammwähler“, also Personen die laut eigener Angabe immer die gleiche Partei wählen auch wenn sie mit dieser nicht völlig zufrieden sind (**Plasser, Seeber und Ullram** 2000). In den siebziger Jahren sank der Anteil an Personen mit Parteiidentifikation auf zwei Drittel, bewegte sich in den neunziger Jahren in der Größenordnung von etwa der Hälfte und erreichte 2013 den bisherigen Tiefpunkt von 41 Prozent. Die Parteibindung ist heute im Regelfall schwach und führt auch nicht mehr unbedingt zu einem mit ihr konsistenten Wahlverhalten (**Plasser und Seeber** 2010). Parallel dazu verläuft zunächst der Rückgang an gebundenen, subjektiven Stammwählern (zwei Drittel in den siebziger Jahren), um sich dann aber massiv zu beschleunigen: Abnahme auf ein Drittel in den neunziger Jahren, derzeit weniger als ein Fünftel.
- Früher weitgehend geschlossene politisch-soziale Subkulturen („Lager“) brechen auf, traditionelle ideologische Deutungsmuster verblassen, verschwinden oder sind nur noch bei schrumpfenden Minderheiten vorfindbar (**Plasser und Ullram 1981, Ullram 1990 und 1996**). Als Indikator dafür kann der Anteil der Parteimitglieder an den Wahlberechtigten angesehen werden, der sich seit den siebziger Jahren bis heute von ca. einem Viertel auf weniger als ein Zehntel reduziert hat.
- Immer mehr Wähler ziehen in den letzten Wochen vor den (Nationalrats-) Wahlen die Wahl mehrerer Parteien in Erwägung; die Wahlentscheidung wird zunehmend aufgeschoben und an den Wahltag herangerückt (2013 beinahe vier von zehn Wählern).
- Anfang der siebziger Jahre waren drei Viertel der Wähler bei Nationalrats- und Landtagswahlen auch faktische Stammwähler; weniger als ein Fünftel bekannten, auch zumindest einmal schon eine andere Partei gewählt zu haben. 2008 waren bereits 62 Prozent zumindest gelegentliche faktische Wechselwähler. Analog dazu stieg der Anteil der

Wechselwähler von einer Nationalratswahl zur nächsten von unter 10 Prozent auf knapp 30 Prozent.

**Tabelle 1: Indikatoren der (abnehmenden) Parteiloyalität, 1975-2013**

Jahr	Partei-identifikation	Starke Identifikation	Stabile Parteiloyalität	Konsistente Stammwähler	Gelegentliche Wechselwähler	Parteiwechsler	Late Deciders	Parteimitglieder
	a)	b)	c)	d)	e)	f)	g)	h)
1975	65	30	61			3		23
1979	63		56	66	16	7	9	22
1983	61	27	47			10	8	
1986	60	21	39	62	18	16	16	23
1990	49	19	34	58	26	17	14	18
1994	44	12	31	50	34	19	18	15
1995	49	13	28	44	44	22	21	14
1999	51	16	26	43	46	18	20	13
2002	55	22	25	41	53	24	23	15
2006	53	25	24	35	60	26	24	12
2008	44	24	18	33	62	28	33	11
2013	41					28	38	9

- a) Prozent der Respondenten mit Parteiidentifikation.
- b) Prozent der Respondenten mit starker Parteiidentifikation.
- c) Prozent der Respondenten, die angeben, immer dieselbe Partei zu wählen, auch wenn sie nicht vollständig mit ihr zufrieden sind.
- d) Prozent der Respondenten, die angeben, immer dieselbe Partei gewählt zu haben.
- e) Prozent der Respondenten, die angeben, dass sie gelegentlich ihr Wahlverhalten ändern.
- f) Prozent der Exit-Poll Respondenten bzw. der Respondenten von Wahltagsbefragungen, die angeben, eine andere Partei als bei der vergangenen Wahl gewählt zu haben, als Indikator der Brutto-Volatilität.
- g) Prozent der Wählerinnen und Wähler, die sich erst in den letzten Tagen vor dem Wahlsonntag definitiv auf die Partei ihrer Wahl festlegten.
- h) Prozent der Respondenten, die angeben, Mitglied einer politischen Partei zu sein.

Quelle: Plasser, Ulram und Seeber (2007: 169) bzw. GfK Austria und ECOQUEST, bundesweite Repräsentativ- bzw. Wahltagsbefragungen (2004-2013)

Eine weitere langfristige Entwicklung betrifft eine zunehmende **Distanzierung zur (zumindest etablierten) Politik**. Ausdruck dieser Distanzierung sind zum einen die Abnahme der Wahlbeteiligung: Sie lag in den fünfziger Jahren bei ca. 95 Prozent, in den siebziger Jahren bei über 92 Prozent, in den neunziger Jahren zwischen 80 und 86 Prozent, um 2006 erstmals unter die 80-Prozent-Marke abzusinken. 2013 liegt die Wahlbeteiligung bei Nationalratswahlen mit 74,1 Prozent

somit um etwa 20 Prozentpunkte unter jener der fünfziger Jahre. Der jahrzehntelang feststellbare Zug ansteigenden politischen Interesses ist im letzten Jahrzehnt zum Stillstand gekommen bzw. hat sich bei Jugendlichen in sein Gegenteil verwandelt (**Plasser und Ulram 2010**).

**Tabelle 2: Wahlbeteiligung bei Nationalratswahlen im Zeitverlauf 1945-2013**

abgegebene Stimmen nach Perioden	in Prozent	Veränderung
Periode 1: 1945-1966	95,0	
Periode 2: 1970-1986	92,1	-2,9
Periode 3: 1990-2002	85,7	-6,4
Periode 4: 2006-2013	77,1	-8,6

Quelle: 20/010/2013, ECOQUEST, Repräsentative Wahltagsbefragung (2013).

Nun ist politische Distanz nicht einfach mit Ablehnung gleichzusetzen, obwohl die wenigen existierenden „Nichtwähler“-Studien in Österreich darauf verweisen, dass der Anteil Unzufriedener unter Nichtwählern höher liegt als unter Zufriedenen. Problematischer erscheinen zwei andere Faktoren:

- Es entwickelt sich eine steigende **Kluft zwischen der Einschätzung der eigenen politischen Fähigkeiten** („internal efficacy“) und der perzipierten **Responsivität des politischen Systems**, also des Eingehens der organisierten Politik auf Anliegen usw. der Wählerschaft („external efficacy“; **Plasser und Ulram 2010**).
- Politisches Unbehagen, Parteienverdrossenheit und Politikritikerkritik war in Österreich auch schon früher stark verbreitet, entzündete sich aber primär an stilistisch-moralischen Fragen (wie „Freunderl- und Parteibuchwirtschaft“, Korruptionsanfälligkeit, Lügen, parteipolitisches „Hick-Hack“ etc.), und war in eine Art Grundvertrauen eingebettet, dass nämlich Politiker die Interessen ihrer Wähler wahrnehmen und alles in allem gute Arbeit leisten. Die beiden letztgenannten Qualifikationen werden freilich immer seltener zugeteilt. (**Plasser und Ulram 1999**) Insbesondere **steigt die Kritik an unzureichender substanzieller Leistungserbringung** der Politik(er): war in den achtziger Jahren (rund um die Entstehung der österreichischen Grünbewegung) rund ein Drittel der Ansicht, die Politik versage dauernd oder oft in entscheidenden Fragen, so waren es in den neunziger Jahren (auf dem wahlpolitischen „Höhepunkt“ der FPÖ unter Jörg Haider) bereits mehr als die Hälfte und sind es rezent beinahe drei Viertel der Wahlberechtigten (**Ulram 2012**).

## 1.2. 2008 bis 2013

Die vorgezogenen Nationalratswahlen vom Herbst 2008 brachten starke Stimmen- und Mandatsverluste für die beiden Regierungsparteien SPÖ und ÖVP sowie leichte Einbußen für die GRÜNEN. Umgekehrt konnten FPÖ und BZÖ beträchtliche Zugewinne erzielen. Während im Nationalratswahlkampf 2008 die sich bereits abzeichnende Finanz- und Wirtschaftskrise so gut wie keine Rolle spielte (**Plasser und Seeber** 2010), sollte diese in der Folgezeit zum beherrschenden Thema aufsteigen: vom November 2008 bis zum Juni 2010 galt die Finanz- und Wirtschaftskrise als das die Österreicher am meisten bewegende Thema, vom Sommer 2010 bis zum Jahresende 2011 die Schulden- und EURO-Krise (**M&R/ECOQUEST**, Telefonumfragen 2008-2011). Entgegen einer in vielen Medien und Sozialwissenschaftlern verbreiteten Fama führte das stark angewachsene Krisenbewusstsein aber nicht zu einem Höhenflug der rechtspopulistischen FPÖ. Vielmehr stieg die Zustimmung zur Regierung(-spolitik) und den beiden Regierungsparteien, und zwar besonders bei Personen die eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage und der Situation am Arbeitsmarkt befürchteten (**Ulram** 2012). Auch die Einstellung zur EU verbesserte sich kurzfristig. Dies kann im Wesentlichen darauf zurückgeführt werden, dass den Oppositionsparteien kaum Kompetenz und Handlungsfähigkeit bei der wirtschaftlichen Krisenbewältigung zugeschrieben wurde und wird. Vor allem war es die ÖVP unter Vizekanzler und Finanzminister Josef Pröll, die in dieser Beziehung wie bei der vom Parteiobmann angekündigten Reformagenda einen stark positiven Widerhall fand, und zeitweise die SPÖ in den Meinungsumfragen überholen konnte.

Tabelle 3: Schaubild: ÖVP Trend

Telefonumfragen/CATI-Monitor – GfK Austria (Fessel):  
**Der ÖVP-Trend in der Wählergunst auf Bundesebene**  
 (Hochschätzung der deklarierten Nationalratswahlabsichten)  
 Erhebungszeitraum: **November 2008 – August 2013**

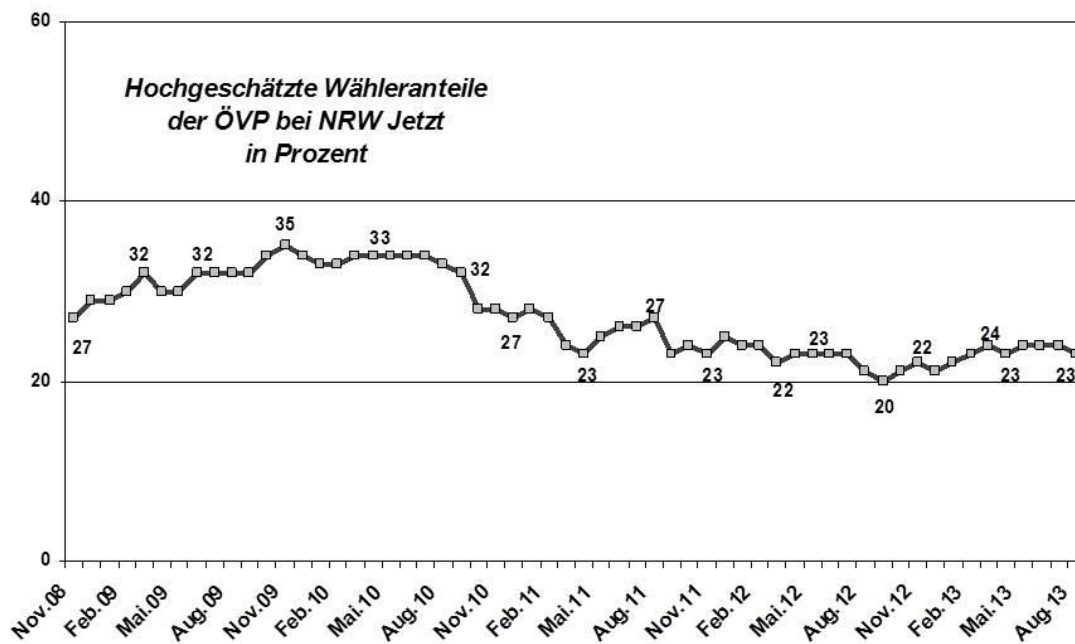


Tabelle 4: -Schaubild: SPÖ-Trend

Telefonumfragen/CATI-Monitor – GfK Austria (Fessel):  
**Der SPÖ-Trend in der Wählergunst auf Bundesebene**  
 (Hochschätzung der deklarierten Nationalratswahlabsichten)  
 Erhebungszeitraum: **November 2008 – August 2013**

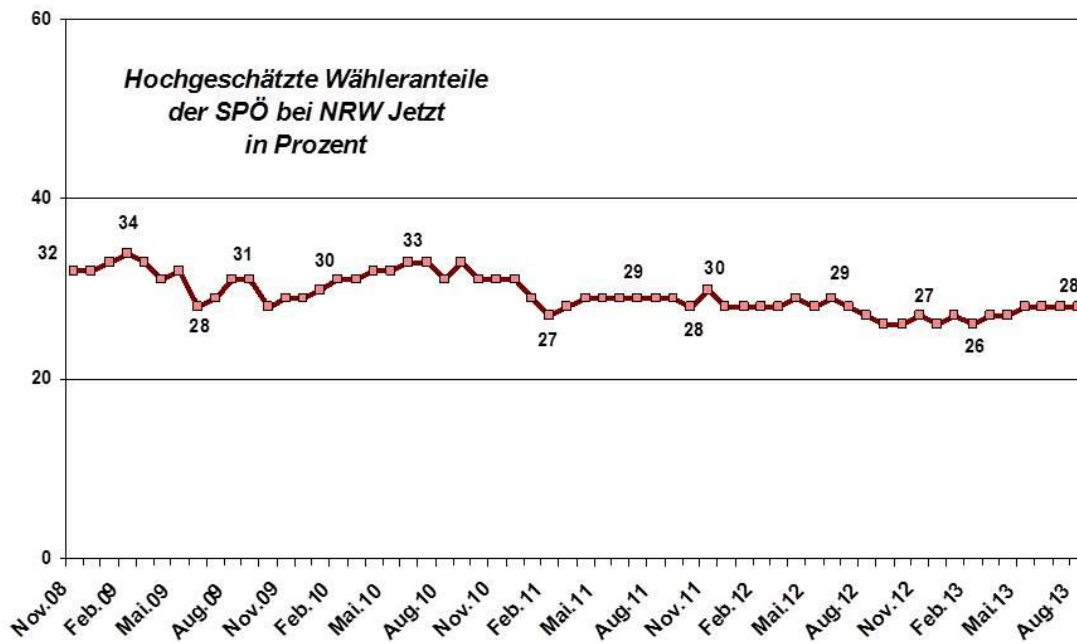


Tabelle 5: Schaubild: FPÖ-Trend

Telefonumfragen/CATI-Monitor – GfK Austria (Fessel):  
**Der FPÖ-Trend in der Wählergunst auf Bundesebene**  
 (Hochschätzung der deklarierten Nationalratswahlabsichten)  
 Erhebungszeitraum: **November 2008 – August 2013**

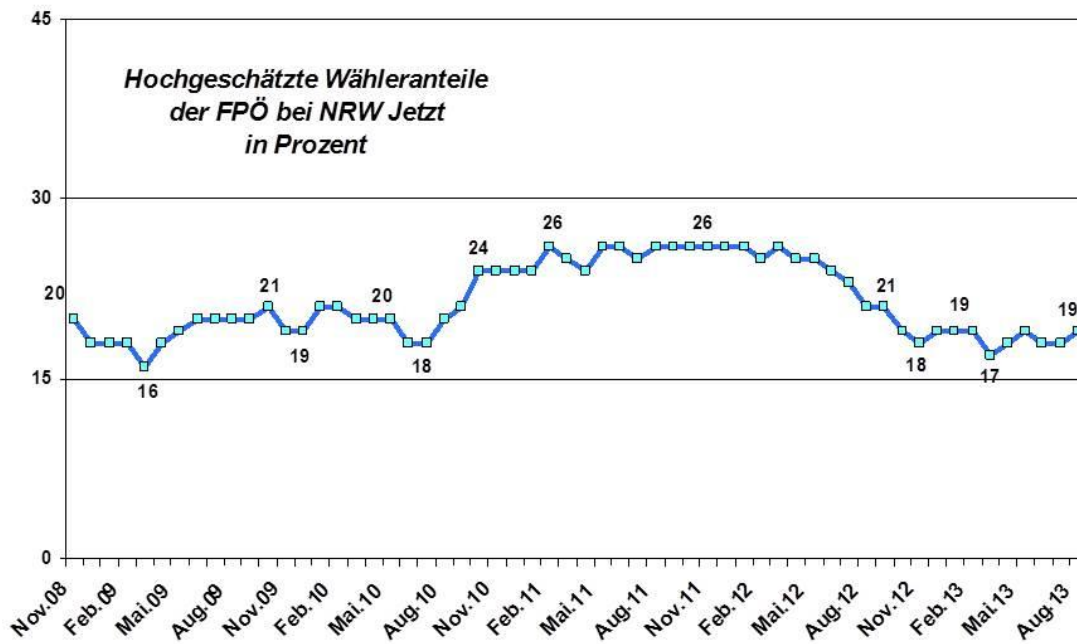
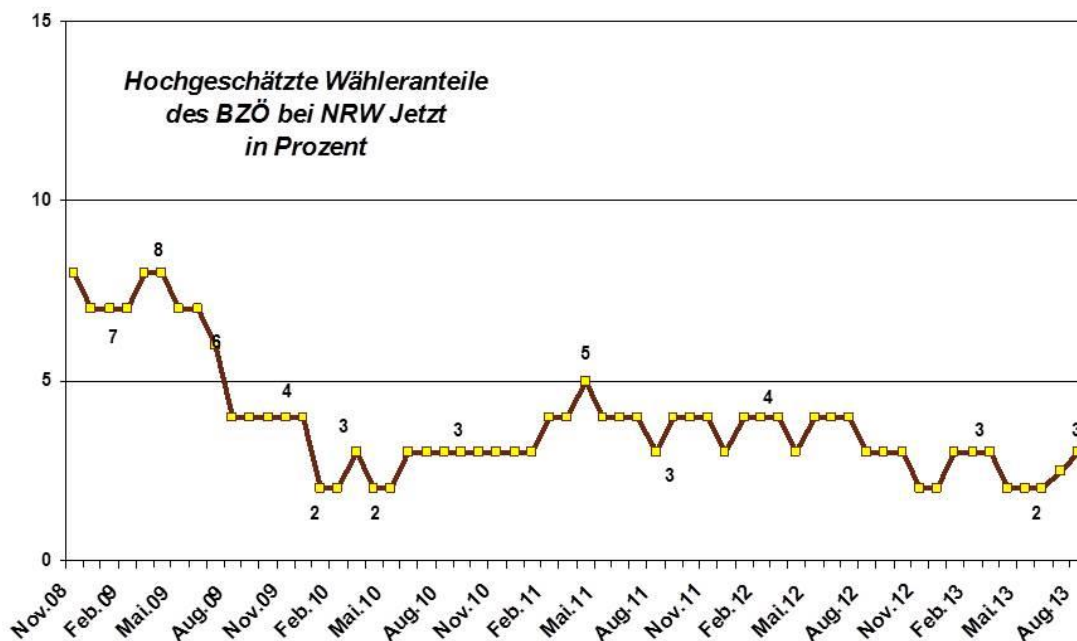


Tabelle-Schaubild BZÖ Trend

Telefonumfragen/CATI-Monitor – GFK Austria (Fessel):  
**Der BZÖ-Trend in der Wählergunst auf Bundesebene**  
 (Hochschätzung der deklarierten Nationalratswahlabsichten)  
 Erhebungszeitraum: **November 2008 – August 2013**



Eben diese Reformagenda stieß aber auf starke Widerstände seitens des größeren Regierungspartners SPÖ wie der Landeshauptleute jeglicher politischer Couleur und musste im Frühjahr 2010 schrittweise zurückgenommen werden. Dazu kam noch eine Reihe von Skandalen und Affären, von denen speziell Persönlichkeiten von der ÖVP sowie von der FPÖ und vom BZÖ (letzteres seit dem Unfalltod Haider ohnehin in rasantem Abstieg begriffen) betroffen waren. Die Volkspartei verlor so rasch wieder ihre Führungsposition; die Erkrankung samt anschließenden Rücktritt des Parteiobmanns und Vizekanzler bildeten sozusagen den symbolischen Abschluss ihrer kurzfristigen „Hoffungsphase“. Auch die SPÖ konnte den in der Krise erworbenen Vertrauensvorsprung der Wähler nicht halten und laborierte im letzten Jahr der Legislaturperiode zusätzlich an den Folgen des Salzburger Finanzskandals wie der von ihr verlorenen Volksbefragung über die Wehrpflicht. Hochs und Tiefs waren bei ihr freilich geringer ausgeprägt als bei der Volkspartei: In den hochgeschätzten Meinungsforschungsdaten schwankte die SPÖ im Zeitraum November 2008 bis August 2013 zwischen einem Minimum von 26 Prozent und einem Maximum von 34 Prozent (Differenz 8 Prozentpunkte), die ÖVP zwischen 20 und 35 Prozent (Differenz 15 Prozentpunkte). Die FPÖ konnte

von der zunehmenden Schwäche der Regierungsparteien (und der Erosion des BZÖ) zunächst profitieren, bis sie ihrerseits von „Altfällen“ im Bund, vor allem aber vom Absturz ihrer Kärntner Landesorganisation nach dem Aufbrechen des Hypo-Alpe-Adria-Finanzdesasters eingeholt wurde. „Gewinner“ der Jahre 2011 bis 2013 waren zum einen die GRÜNEN (wenn auch nicht bei allen Landtagswahlen), zum anderen neue politische Kräfte, insbesondere die Partei des austrokanadischen Unternehmers und Multimillionärs Frank Stronach, die in drei Bundesländern den Einzug in den Landtag schaffte. Das Ergebnis der traditionellen Oppositionsparteien (FPÖ, GRÜNE) bei den regionalen Zwischenwahlen war durchwachsen, bei ÖVP und SPÖ aber unter dem Strich generell von Verlusten gekennzeichnet. Umgekehrt zeigte der rasante Aufschwung diverser neuer Gruppierungen ab dem Frühjahr 2012, dass das alte Parteienangebot nicht mehr mit den Bedürfnissen eines beträchtlichen Teils der Wählerschaft Schritt halten konnte.

**Tabelle 7: Schaubild GRÜNE**

Telefonumfragen/CATI-Monitor – GFK Austria (Fessel):  
**Der GRÜNE-Trend in der Wählergunst auf Bundesebene**  
 (Hochschätzung der deklarierten Nationalratswahlabsichten)  
 Erhebungszeitraum: **November 2008 – August 2013**

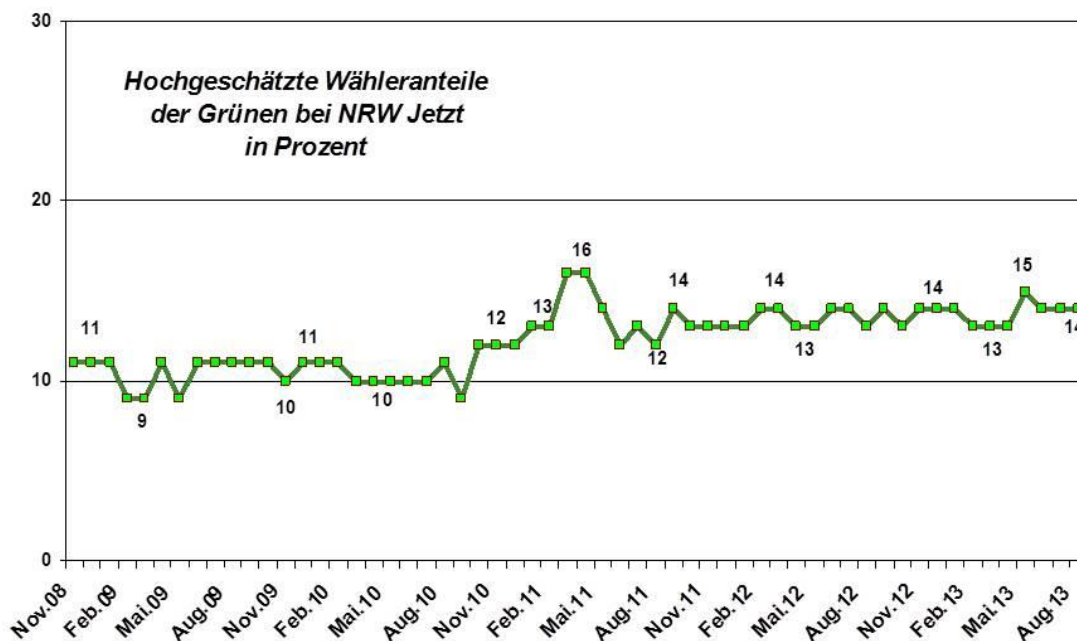


Tabelle 8: Schaubild Team Stronach

Telefonumfragen/CATI-Monitor – GFK Austria (Fessel):  
**Team Stronach in der Wählergunst auf Bundesebene**  
 (Hochschätzung der deklarierten Nationalratswahlabsichten)  
 Erhebungszeitraum: **August 2012 – August 2013**

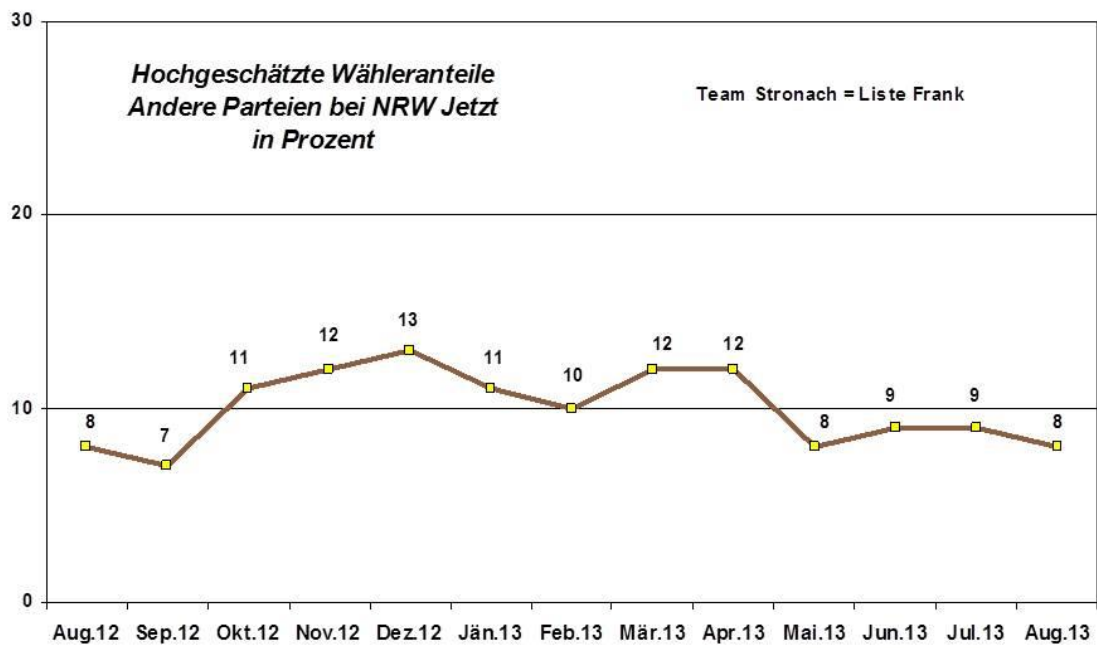
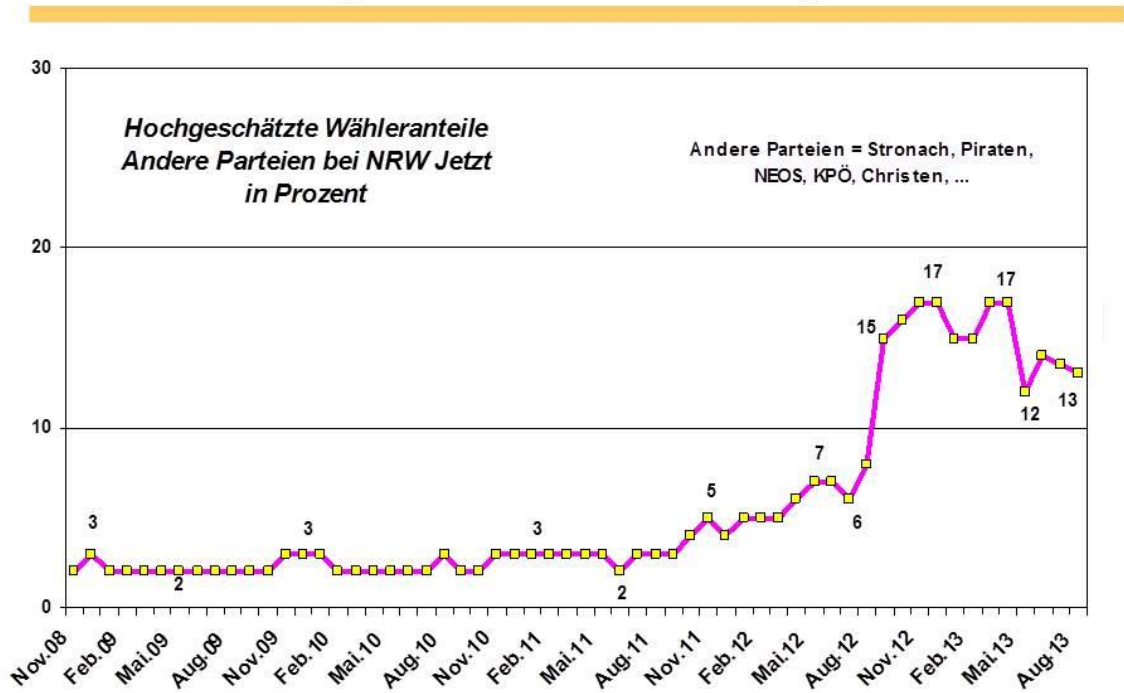


Tabelle 9: Schaubild andere Parteien

Telefonumfragen/CATI-Monitor – GfK Austria (Fessel):  
**Andere Parteien in der Wählergunst auf Bundesebene**  
 (Hochschätzung der deklarierten Nationalratswahlabsichten)  
 Erhebungszeitraum: **November 2008 – August 2013**



### 1.3. Entwicklungen im Wahlkampf 2013

Im Nationalratsjahr 2013 zeigte sich eine Mehrheit der Wahlberechtigten mit der (Arbeit der) Regierung unzufrieden, zu Beginn des eigentlichen Wahlkampfes im August mussten beide Regierungsparteien mit Stimmeneinbußen rechnen. Die Regierungsparteien reagierten darauf mit einer Defensivstrategie, um die zu befürchtenden Verluste in Grenzen zu halten. Sie versuchten ihre Stammwähler zu mobilisieren und vertraute Botschaften auszusenden (SPÖ: Arbeitsplatzsicherung, Bewahrung von sozialen Besitzständen, „Reichensteuern“; ÖVP: „Entfesselung der Wirtschaft“, Belastungsstopp, Bürokratiekritik). Allerdings hatte die ÖVP den Boden für ihre wirtschaftspolitischen Vorschläge in den Monaten bzw. Jahren davor kaum aufbereitet und wenig abgesichert („Entfesselung“ nach langjähriger Regierungsbeteiligung). Auch die Sicherheitsversprechungen bzw. Steuerumschichtungsvorschläge der SPÖ stießen auf geringe Glaubwürdigkeit (speziell bei Jungwählern) und gleichfalls nur auf minoritäre Zustimmung. Die FPÖ, deren frühere Schwerpunkte wie Privilegien- und Korruptionskritik abhandengekommen waren und die in der EU/EURO-Kritik von Stronach konkurriert wurde, konzentrierte sich auf eine vergleichsweise „weichere“ Fassung der Anti-Ausländer-Linie garniert mit einem Schuss Sozialpopulismus. Das BZÖ widmete sich schlicht aber letztlich erfolglos dem Kampf um seine parlamentarische Existenz. Die Themensetzung der Regierungsparteien (die zudem ein gemeinsames Interesse am „Verkauf“ der Leistungen der Koalition hatten) wirkte einigermaßen steril: manche Themen wurden generell „liegen gelassen“ (Europa-Politik), andere nur auf einzelne Facetten verkürzt (Bildungspolitik auf Organisationsfragen und Lehrerdienstrecht); selbst bei den eigenen Schwerpunkten wurden wesentliche Aspekte – weil potentiell unangenehm - ausgespart (Finanzierung und Wirtschaftsstandort seitens der SPÖ; Föderalismusreform und eigenen Steuerreformvorschläge bei der ÖVP). Die Attraktivität dieser Strategie für mobile (und zu einem Gutteil verärgerte wie veränderungsbereite) Wähler war gering.

GRÜNE, Stronach und NEOS waren da schon beweglicher – sie bespielten das „politische Sauberkeitsthema“, fischten im Teich der Unzufriedenen und bedienten die oft recht diffusen Veränderungswünsche. Freilich nicht unbelastet von überwiegend selbst geschaffenen Handicaps. Die GRÜNEN wurden von der mehr als nur kontroversiellen Verkehrspolitik ihrer Wiener Parteifreunde gehemmt, die Liste Frank (Team Stronach) von den oft skurrilen und unüberlegten Auftritten und Vorstellungen ihres Spitzenkandidaten. Das führte insgesamt dazu, dass sich die Wahlabsichten in Bezug auf SPÖ und ÖVP im Wahlkampf so gut wie nicht veränderten, wohl

aber kam es zu nicht unbeträchtlichen Verschiebungen zwischen den Oppositionsparteien. Unterteilt man den Wahlkampf in zwei zeitliche Abschnitte (Mitte August bis Anfang September; Mitte bis Ende September) so zeigen sich in der zweiten Periode Rückgänge in den deklarierten Werten für GRÜN und Stronach und Anstiege für FPÖ und NEOS.

**Tabelle 10: Deklarierte Parteipräferenzen im Wahlkampf**

in Prozent	19.08. – 05.09.2013	09.09. – 26.09.2013
SPÖ	22	22
ÖVP	19	19
FPÖ	8	<b>12</b>
GRÜNE	<b>15</b>	13
STRONACH	<b>4</b>	3
NEOS	1	<b>3</b>
Wechselwähler gesamt	24	<b>27</b>

Quelle: GfK Austria, Track Polling zur Nationalratswahl 2013  
 19.08. – 05.09.2013: 3 Umfragewellen á je 500 Telefoninterviews  
 09.09. – 26.09.2013: 4 Umfragewellen á je 500 Telefoninterviews

## 2. Die Wahltagsbefragung

Das Ergebnis der Nationalratswahlen stellt sich wie folgt dar:

**Tabelle 11: Ergebnis der Nationalratswahlen 2013**

in Prozent bzw. Prozentpunktdifferenz	2008	2013	Veränderung (PPD)	In Mandaten 2008	In Mandaten 2013	Veränderung (PPD)
SPÖ	29,3	26,8	-2,4	57	52	-5
ÖVP	26,0	24,0	-2,0	51	47	-4
FPÖ	17,5	20,5	+3,0	34	40	+6
GRÜNE	10,4	12,4	+2,0	20	24	+4
STRONACH	n.k.	5,7	+5,7	-	11	+11
NEOS (LIF)	(2,1)	5,0	(+2,9)	-	9	+9
BZÖ	10,7	3,5	-7,2	21	0	-21
KPÖ	0,8	1,0	+0,3	0	0	0
PIRATEN	n.k.	0,8	+0,8	0	0	0
andere	3,2	0,2	-3,0	0	0	0

Quelle: Bundesministerium für Inneres  
 2008: LIF  
 2013: Wahlbündnis NEOS+LIF

Die beiden Regierungsparteien konnten somit ihre jeweilige Position als erste bzw. zweite Partei halten und gemeinsam eine absolute Mandatsmehrheit sowie eine, wenngleich sehr knappe absolute Stimmenmehrheit erzielen. Zugleich mussten aber beide Traditionsparteien beträchtliche Stimmen- und Mandatsverluste hinnehmen und erzielten ihr jeweils schlechtestes Ergebnis in der Geschichte der Zweiten Republik. Zuwächse erzielten insbesondere die FPÖ und in geringerem Ausmaß die GRÜNEN. Darüber hinaus sind mit dem Team Frank Stronach und den NEOS zwei neue Parteien im Nationalrat vertreten. Andere Parteien, darunter auch das (2008 noch als viertstärkste Kraft fungierende) BZÖ schafften den Einzug nicht.

### **2.1. Zeitpunkt der Wahlentscheidung**

29 Prozent der Wähler haben ihre definitive Wahlentscheidung erst wenige Tage vor der Wahl getroffen (last minute deciders), 9 Prozent 1-2 Wochen vor der Wahl (late deciders); für 58 Prozent stand die Wahlentscheidung schon länger fest (early deciders). Damit hat sich der seit den 80er Jahren (des vorigen Jahrhunderts) beobachtbare Trend der österreichischen Wähler, ihre Wahlentscheidung immer später zu treffen, weiter fortgesetzt. 2013 haben sich rund vier von zehn Wählern erst während des Intensivwahlkampfes festgelegt - der bislang höchste Wert. Während Stammwähler ihre Entscheidung vergleichsweise früh getroffen haben, hat die Mehrheit der Wechselwähler lange zugewartet, insbesondere Abwanderer von den beiden Regierungsparteien und Zuwanderer zu den Oppositionsparteien. Auffallend sind hier besonders Abwanderer von der ÖVP und Wähler der erstmals kandidierenden NEOS.

Dies entspricht den Ergebnissen der begleitenden Wahlforschung, wonach die NEOS im gleichen Zeitraum ihre über Monate lang eher stagnierende elektorale Zustimmung deutlich steigern konnten – offenbar auf Kosten der Volkspartei, die denn auch den größten Wählerabfluss von allen Parlamentsparteien an die NEOS hinnehmen musste (gefolgt von den GRÜNEN).

**Tabelle 12: Zeitpunkt der Wahlentscheidung bei Nationalratswahlen, 1979-2013**

In Prozent haben sich nach eigenen Angaben definitiv auf die Partei ihrer Wahl festgelegt:

„Können Sie mir sagen, wann Sie sich auf die Partei, die Sie wählen werden, festgelegt haben?“		
Jahr	erst während des Intensivwahlkampfes (late deciders)	schon länger vorher (early deciders)
1979	9	91
1983	8	92
1986	16	84
1990	14	86
1994	18	82
1995	21	79
1999	20	80
2002	23	77
2006	24	76
2008	33	67
<b>2013</b>	<b>38</b>	<b>58</b>

Quelle: GfK AUSTRIA, Repräsentative Wahltagsbefragungen (1979-2008).

Quelle: 20/010/2013, ECOQUEST, Repräsentative Wahltagsbefragung (2013).

**Tabelle 13: Zeitpunkt der Wahlentscheidung nach Wählerschaften 2013**

<b>„Können Sie mir sagen, wann Sie sich auf die Partei, die Sie wählen werden, festgelegt haben?“</b>			
<b>In Prozent haben ihre definitive Wahlentscheidung getroffen -</b>	<b>wenige Tage vor der Wahl (last minute deciders)</b>	<b>1-2 Wochen vor der Wahl (late deciders)</b>	<b>stand schon länger fest (early deciders)</b>
Wähler und Wählerinnen gesamt	29	9	58
Stammwähler	20	5	73
Wechselwähler	43	15	38
Abwanderer von der SPÖ	41	8	49
Abwanderer von der ÖVP	42	19	33
Zuwanderer zur FPÖ	39	10	39
Zuwanderer zu GRÜN	50	10	38
Zuwanderer zu Team Stronach	33	20	37
Zuwanderer zu NEOS / LIF	34	41	23

Quelle: 20/010/2013, ECOQUEST, Repräsentative Wahltagsbefragung (2013).

## 2.2. Schwankende Wähler, Wählermobilität und Wechselwähler

Konsonant mit dem obigen Trend ist der Befund, dass beinahe jeder zweite Wähler (49%) in den letzten Wochen vor der Wahl auch überlegt hatte, eine andere Partei zu wählen als die letztendlich gewählte („Waverers“). Überlegt wurde von allen Waverers vor allem die Wahl der GRÜNEN (22%) - ÖVP, SPÖ, FPÖ, Team Stronach und NEOS kamen für jeweils rund ein Sechstel der Waverers in Frage. Interessant ist die Frage, welche Parteien von den Wählern welcher Parteien noch in Erwägung gezogen wurden:

- Etwa die Hälfte der SPÖ-Waverers (46%) erwog die Wahl der GRÜNEN,
- ÖVP-Waverers dachten zu 23 Prozent an eine Wahl der GRÜNEN, gefolgt von Team Stronach (20%) und der FPÖ (22%),
- Ein Drittel der GRÜN-Wähler (35%) zog die Wahl der SPÖ in Erwägung,
- FPÖ-Waverers nannten an erster Stelle das Team Stronach (42%); umgekehrt Stronach-Wähler in erster Linie die FPÖ (50%),
- NEOS-Waverers überlegten primär auch eine Stimmabgabe zugunsten der GRÜNEN, zu einem Drittel auch zugunsten der ÖVP.

Sehr hoch war auch der Anteil an Wechselwählern (28%), wobei der entsprechende Prozentsatz vermutlich sogar noch höher lag, weil manche Wähler – und hier insbesondere BZÖ-Wähler von 2008 – gewisse Erinnerungslücken an ihr letztes Wahlverhalten aufweisen bzw. möglicherweise unterschiedliche Wahlebenen verwechseln.

**Tabelle 14: Wählermobilität bei Nationalratswahlen, 1975-2013**

In Prozent	Wechselwähler	Spätentscheider
1975	3	5
1979	7	9
1983	10	8
1986	16	16
1990	17	14
1994	19	18
1995	22	21
1999	18	20
2002	24	23
2006	26	24
2008	28	33
<b>2013</b>	<b>28</b>	<b>38</b>

Quelle: Plasser und Ulram, Wechselwahlen, Wien 2007, bzw. GfK AUSTRIA, Repräsentative Wahltagsbefragung 2008.

Quelle: 20/010/2013, ECOQUEST, Repräsentative Wahltagsbefragung (2013).

Da im Rahmen von Wahltagsbefragungen definitionsgemäß nur Wähler befragt werden, können die Wanderungsbewegungen zwischen den Parteien nur mit Einschränkungen erfasst werden. Die Nichterfassung von Nichtwählern erlaubt somit keinen direkten Vergleich mit statistischen Wählerstromanalysen (diese wiederum basieren auf Modellannahmen die ihrerseits zu Fehlern führen können; dementsprechend gibt es auch Ergebnisabweichungen zwischen verschiedenen statistischen Wählerstromanalysen).

Die größten Wählerwanderungen stellen sich laut repräsentativer Wahlbefragung wie folgt dar:

- Die SPÖ hält 74 Prozent ihrer Wähler von 2008. Sie verliert 8 Prozent an die FPÖ, 6 Prozent an die GRÜNEN, 4 Prozent an das Team Stronach und 3 Prozent an die ÖVP. 5 Prozent gehen an andere Parteien (d.h. auch kaum Verluste an die NEOS).
- Die ÖVP hält 67 Prozent ihrer Wähler von 2008. Sie verliert vor allem an die FPÖ (7%) und die NEOS (7%). 6 Prozent gehen an die GRÜNEN, 5 Prozent an das Team Stronach und 4 Prozent an die SPÖ (3% an andere Parteien).

- Die FPÖ hat eine Haltequote von 76 Prozent und gibt 10 Prozent an das Team Stronach ab. Abflüsse in der Größenordnung von jeweils 4-5 Prozent an ÖVP, SPÖ und BZÖ, 2 Prozent an andere Parteien.
- Die GRÜNEN halten 71 Prozent ihrer Wähler von 2008. Sie verlieren speziell an die NEOS (12%) und die SPÖ (8%), 5 Prozent an die ÖVP und weitere 5 Prozent an alle anderen Parteien.

Wechselwähler gaben ihre Stimme insbesondere der FPÖ (20% dieser Gruppe), ferner dem Team Stronach (17%), den NEOS (15%) und den GRÜNEN (14%). Jeweils etwa ein Zehntel der Parteiwechsler entschieden sich für ÖVP und SPÖ.

**Tabelle 15: Wahlverhalten der Wechselwähler, 2002-2013**

In Prozent der Wechselwähler haben gewählt	SPÖ	ÖVP	FPÖ	Grüne	TS	NEOS / LIF	BZÖ
2002	30	48	6	13	-	-	-
2006	24	15	17	11	-	-	16
2008	8	11	28	12	-	6	25
<b>2013</b>	<b>11</b>	<b>10</b>	<b>20</b>	<b>14</b>	<b>17</b>	<b>15</b>	<b>8</b>

Quelle: GfK AUSTRIA, Repräsentative Wahltagsbefragungen.

Quelle: 20/010/2013, ECOQUEST, Repräsentative Wahltagsbefragung (2013).

### 2.3. Wahlverhalten und soziodemographische Gruppen

Männer verteilten ihre Stimmen ziemlich gleich auf SPÖ (24%), ÖVP (23%) und FPÖ (23%). Die GRÜNEN lagen hier etwas unter ihrem Durchschnitt. Bei Frauen kam die SPÖ auf 30 Prozent, die ÖVP auf 21 Prozent und die FPÖ auf 20 Prozent. Die GRÜNEN konnten knapp 15 Prozent der weiblichen Stimmen lukrieren. Größere geschlechtsspezifische Differenzen gibt es also bei der SPÖ und den GRÜNEN (überdurchschnittlicher Frauenanteil) sowie bei der FPÖ (Männerdominanz). Bei den kleineren Parteien halten sich die Differenzen in Grenzen.

Altersspezifisch gesehen, weist die jüngste Wählergeneration ähnliche Werte für ÖVP (21%), FPÖ (20%) und GRÜNE (19%) auf; die SPÖ verzeichnet hier das schlechteste Ergebnis in allen Altersgruppen (17%). Die NEOS kommen aus dem Stand auf 10 Prozent. Von den Jungen haben also nicht einmal vier von zehn eine der beiden Regierungsparteien gewählt. Ähnlich die Situation bei den 30-44-Jährigen, nur dass hier die SPÖ mit 24 Prozent vor der ÖVP mit 19 Prozent liegt. Der gemeinsame Anteil der Regierungsparteien beträgt also 43 Prozent. Die FPÖ ist hier relativ stärkste Partei (27%); die GRÜNEN kommen auf 14 Prozent. Eine leichte gemeinsame Mehrheit für die Regierungsparteien findet sich bei den 45-59-Jährigen (30% SPÖ und 22% ÖVP).

Lediglich in der Altersgruppe 60 Jahre plus erreichen SPÖ und ÖVP einen gemeinsamen Stimmenanteil von 60 Prozent. Die FPÖ liegt etwa im Durchschnitt ihres Ergebnisses, das Team Stronach darüber. GRÜNE, NEOS und BZÖ rangieren hier nur noch unter ferner liefen.

Bei Selbständigen und Landwirten hält die ÖVP mit 44 Prozent eine dominante Position. Mit Abstand folgen die GRÜNEN (16%), die FPÖ (15%) und das Team Stronach (8%). Jeweils ein knappes Viertel der Angestellten und Beamten (24%) wählten die SPÖ oder die FPÖ; ähnlich auch die Anteile von der ÖVP (18%) und den GRÜNEN (17%).

Bei den Arbeitern kam die SPÖ mit 36 Prozent auf die relative Mehrheit, gefolgt von der FPÖ mit 29 Prozent. Die ÖVP lag mit 18 Prozent an dritter Stelle. Das Team Stronach lag etwas über seinem Durchschnitt; die GRÜNEN wie die NEOS sind hier kaum präsent. Pensionisten entschieden sich mit relativer Mehrheit für die SPÖ (35%); 25 Prozent wählten die ÖVP und 21 Prozent die FPÖ.

**Tabelle 16: Wahlverhalten 2013 nach soziodemographischen Gruppen: 1**

In Prozent haben gewählt	SPÖ	ÖVP	FPÖ	GRÜNE	TS	NEOS	BZÖ
Männer	24	23	23	11	6	5	4
Frauen	30	21	20	15	5	4	3
Alter							
Bis 29-Jährige	17	21	20	19	6	10	3
30-44-Jährige	24	19	27	14	6	3	4
45-59-Jährige	30	22	18	15	6	3	5
60 Jahre und älter	34	26	21	6	8	3	2
Beruf							
Selbständige, Freie Berufe, Landwirte	5	44	15	16	8	5	6
Angestellte, Beamte	24	18	24	17	3	5	4
Facharbeiter, Arbeiter	36	18	29	3	7	2	3
Pensionisten	35	25	21	6	7	2	2
Sonstige	26	16	14	20	10	9	3

Quelle: 20/010/2013, ECOQUEST, Repräsentative Wahltagsbefragung (2013).

Anmerkung: Rest auf 100% = andere Parteien bzw. ungültig gewählt. Fallzahlbedingte Tendenzwerte aufgrund statistischer Schwankungsbreiten.

Betrachtet man das Wahlverhalten nach Bildungsgruppen so finden sich eindeutige Zusammenhänge bei SPÖ (je höher der Bildungsgrad umso niedriger der SPÖ-Anteil) sowie bei GRÜNEN und NEOS (je höher die Bildung umso stärker diese beiden Parteien). Erstmals gibt es kaum Unterschiede nach dem Bildungsgrad unter ÖVP-Wählern. Die FPÖ hat nach wie vor Probleme unter Absolventen von Hochschulen und Fachhochschulen sowie Maturanten. In der obersten Bildungsschicht dominieren die GRÜNEN eindeutig mit über einem Drittel der Stimmen, mit Abstand gefolgt von der ÖVP (21%). Die NEOS kommen bei Akademikern auf 13 Prozent, auf Augenhöhe mit der SPÖ und vor der FPÖ. Die Team Stronach-Wähler sind hier nur noch in Spurenelementen vorfindbar.

36 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder entschieden sich für die SPÖ; ÖVP, FPÖ und GRÜNE liegen hier unter ihren durchschnittlichen Werten. Umgekehrt konnte die SPÖ nur 21 Prozent jener Personen an sich ziehen, die weder selbst Gewerkschaftsmitglieder sind noch einen Angehörigen beim ÖGB haben. Nicht zufällig fand auch das Team Stronach wenig Zuspruch unter Gewerkschaftsmitgliedern.

**Tabelle 17: Wahlverhalten 2013 nach soziodemographischen Gruppen: 2**

In Prozent haben gewählt	SPÖ	ÖVP	FPÖ	GRÜNE	TS	NEOS	BZÖ
<b>Bildung</b>							
Pflichtschulbildung, Fachschulbildung	31	22	26	6	8	2	3
Maturanten	21	22	11	24	3	10	6
Akademiker	14	21	11	35	1	10	3
<b>Union Vote</b>							
Gewerkschaftsmitglieder	36	20	17	10	4	4	4
Keine Mitglieder	21	23	24	13	7	5	4

Quelle: 20/010/2013, ECOQUEST, Repräsentative Wahltagsbefragung (2013).

Anmerkung: Rest auf 100% = andere Parteien bzw. ungültig gewählt. Fallzahlbedingte Tendenzwerte aufgrund statistischer Schwankungsbreiten.

In manchen Bevölkerungsgruppen gab es markante Zugewinne bzw. Verluste einzelner Parteien:

- Die SPÖ verlor stark bei Männern sowie in den oberen Bildungsschichten (Maturanten/Akademiker); sie konnte sich allerdings in der Arbeiterschaft wieder verbessern.
- Die ÖVP erlitt starke Einbrüche bei Frauen, Angestellten/Beamten und in den oberen Bildungsschichten.
- Die FPÖ gewann stark bei Frauen, Angestellten/Beamten und Pensionisten, verlor aber in der jüngsten Wählergeneration.
- Die GRÜNEN erzielten starke Zuwächse unter Maturanten und Absolventen von Hochschulen und Fachhochschulen.

**Tabelle 18: Markante Zugewinne bzw. Verluste in ausgewählten Wählersegmenten, 2008-2013**

Veränderungen gegenüber 2008 in Prozentpunkten	SPÖ	ÖVP	FPÖ	GRÜNE
Männer	-6	-2	+3	+2
Frauen	-1	-7	+6	+3
Unter 30-Jährige	±0	-1	-7	+3
Angestellte, Beamte	-3	-8	+8	+3
Arbeiter	+8	-1	-4	-3
Pensionisten	-4	-4	+7	+2
Matura/Universität	-8	-6	±0	+8

Quelle: GfK AUSTRIA, Repräsentative Wahltagsbefragungen (2006-2008).

Quelle: 20/010/2013, ECOQUEST, Repräsentative Wahltagsbefragung (2013).

Anmerkung: Fallzahlbedingte Tendenzwerte (abhängig von N der soziodemographischen Gruppe).

## 2.4. Zentrale Beweggründe der Wahlentscheidung

Die Wahlmotive der einzelnen Parteiwählerschaften wurden in Form von offenen Fragestellungen erhoben; die Antworten wurden dabei zuerst einem vorgegebenen Codeschema zugeordnet („Feldvercodung“) bzw. dieses nachträglich um einzelne Punkte erweitert.

Primäre **Motive für die Wahl der SPÖ** waren ihr Einsatz für Arbeitsplätze, Pensionen und soziale Leistungen bzw. für einzelne soziale Gruppen (50%), relativ knapp gefolgt von Stammwählerargumenten und Interessenvertretung (44%). Es folgen die Zufriedenheit mit den Leistungen und dem politischen Personal (29%), die Stabilität und Verlässlichkeit der Partei (16%) und die Verhinderung einer schwarz-blauen Koalition bzw. die SPÖ als „kleineres Übel“ (11%). An letzter Stelle rangiert die Person des Spitzenkandidaten Bundeskanzler Werner Faymann (10%).

### Tabelle 19: Motive für die Wahl der SPÖ

(Halboffene Fragestellung, nachträgliche Codierung der Antworten zu „andere Gründe, welche“, Mehrfachnennungen in Prozent)

In Prozent	SPÖ-Wähler
SPÖ ist Partei für die kleinen Leute/Mittelstand, SPÖ ist sozial, macht gute Sozialpolitik, Arbeiterpartei, kümmert sich um Jobs, kümmert sich um Pensionen/Pensionisten	50
Wähle immer die SPÖ, bin Stammwähler / Mitglied / Funktionär, mir gefallen Programm/Werte der SPÖ, sie vertritt meine Interessen am besten	44
SPÖ leistet gute Arbeit, bin mit SPÖ zufrieden, SPÖ ist sympathisch, hat gute Kandidaten, gutes Team	29
SPÖ steht für Stabilität und Verlässlichkeit, SPÖ hält Versprechen, ist vertrauenswürdig, ist ehrlich	16
Um Schwarz-Blau zu verhindern: Bin gegen ÖVP/FPÖ, SPÖ als kleinstes Übel	11
Wegen Werner Faymann, Faymann ist mir sympathisch, kompetent, hat sich in den TV-Konfrontationen gut geschlagen	10
Anderes	4

Quelle: 20/010/2013, ECOQUEST, Repräsentative Wahltagsbefragung (2013).

Die mit Abstand **stärksten Wahlmotive für die ÖVP** waren Stammwählerargumente und Interessenvertretung (46%). Ein beträchtlicher Stellenwert kam auch den wirtschafts-, budget- und steuerpolitischen Vorstellungen der Volkspartei zu (35%) zu. Es folgen gute Arbeit und Zufriedenheit mit dem politischen Personal (24%) sowie Stabilität und Verlässlichkeit (21%). Ähnlich wie bei der SPÖ sind die beiden am seltensten genannten Motive die Verhinderung einer (hier: SPÖ-GRÜNEN) Koalition (10%) und die Person des Spitzenkandidaten Michael Spindelegger (13%).

#### Tabelle 20: Motive für die Wahl der ÖVP

(Halboffene Fragestellung, nachträgliche Codierung der Antworten zu „andere Gründe, welche“, Mehrfachnennungen in Prozent)

In Prozent	ÖVP-Wähler
Wähle immer die ÖVP, bin Stammwähler / Mitglied / Funktionär, mir gefallen Programm / Werte der ÖVP, ÖVP vertritt meine Interessen am besten	46
ÖVP leistet gute Arbeit, bin mit der ÖVP zufrieden, ÖVP ist sympathisch, ÖVP hat gute Kandidaten, gute Landespolitiker	24
ÖVP ist Wirtschaftspartei, macht gute Wirtschaftspolitik, ÖVP ist gegen Steuererhöhungen, ÖVP schaut aufs Budget, ist gegen weitere Schulden, kümmert sich um Wirtschaftsstandort Österreich	35
ÖVP steht für Stabilität und Verlässlichkeit, ÖVP hält Versprechen, ÖVP ist vertrauenswürdig, ehrlich	21
Um Rot-Grün zu verhindern: Bin gegen SPÖ/Grüne, ÖVP als kleinstes Übel	10
Wegen Michael Spindelegger, Spindelegger ist mir sympathisch, ist kompetent, hat sich in den TV-Konfrontationen gut geschlagen	13
Anderes	6

Quelle: 20/010/2013, ECOQUEST, Repräsentative Wahltagsbefragung (2013).

Die beiden am häufigsten genannten **Motive für die Wahl der GRÜNEN** waren ihr Einsatz für Umweltschutz (45%) und ihre Rolle bei der Aufdeckung von Korruption und Skandalen wie die perzipierte „weiße Weste“ der GRÜNEN (39%). 28 Prozent nannten die Zufriedenheit mit den Leistungen der Partei und dem Personal. Eher nachgeordnet waren Bildungspolitik (17%) und die Person der Spitzenkandidatin Eva Glawischnig (17%); Stammwählermotive und Interessenvertretung werden gleichfalls selten angeführt (20%).

### Tabelle 21: Motive für die Wahl der GRÜNEN

(Halboffene Fragestellung, nachträgliche Codierung der Antworten zu „andere Gründe, welche“, Mehrfachnennungen in Prozent)

In Prozent	GRÜN-Wähler
Umweltschutz: Gute Umweltpolitik der GRÜNEN, erneuerbare Energie, Klimaschutz	45
GRÜNE sind gegen Korruption, decken Skandale auf, einzige Partei mit weißer Weste, sind glaubwürdig, ehrlich, aus Protest, gegen Rot-Schwarz: Mit SPÖ/ÖVP-Koalition unzufrieden, Grüne als kleinstes Übel, aus taktischen Gründen	39
Die Grünen leisten gute Arbeit, bin mit den Grünen zufrieden, die Grünen sind sympathisch, Grüne haben gute Kandidaten, die Grünen bringen frischen Wind und neue Ideen	28
Wähle immer die Grünen, bin Stammwähler, mir gefallen Programm/Werte der Grünen, Grüne vertreten meine Interessen am besten	20
Bildung	17
Wegen Eva Glawischnig, Glawischnig ist sympathisch, kompetent, hat gute Argumente, hat sich in den TV-Konfrontationen gut geschlagen	17
Anderes	4

Quelle: 20/010/2013, ECOQUEST, Repräsentative Wahltagsbefragung (2013).

Etwas breiter gestreuter sind die **Motive für die Wahl der FPÖ**, wobei Protest gegen bzw. Unzufriedenheit mit der Koalitionsregierung und die FPÖ als „kleineres Übel“ (35%), die Ausländerpolitik der FPÖ (31%) und Zufriedenheit mit den Leistungen der FPÖ bzw. die Hoffnung auf „frischen Wind“ (28%) einen ähnlichen Stellenwert einnehmen. Stammwählermotive und Interessenvertretung geben 22 Prozent zu Protokoll, die Person des Spitzenkandidaten Heinz Christian Strache 14 Prozent. 12 Prozent verweisen auf die EU-und EURO-kritische Position der FPÖ sowie die Ablehnung von Hilfen bzw. Haftungsübernahmen für andere Staaten im Rahmen der Schuldenkrise in der EU.

### Tabelle 22: Motive für die Wahl der FPÖ

(Halboffene Fragestellung, nachträgliche Codierung der Antworten zu „andere Gründe, welche“, Mehrfachnennungen in Prozent)

In Prozent	FPÖ-Wähler
Ausländerpolitik der FPÖ, gegen Asylbetrug	31
Aus Protest gegen Rot-Schwarz, mit SPÖ/ÖVP-Koalition unzufrieden, FPÖ als kleinstes Übel	35
FPÖ leistet gute Arbeit, bin mit FPÖ zufrieden, FPÖ bringt frischen Wind und neue Ideen, FPÖ traut sich was, ist mutig	28
Wähle immer die FPÖ, bin Stammwähler/Mitglied / Funktionär, mir gefallen Programm/Werte der FPÖ, sie vertritt meine Interessen am besten	22
Wegen H.C. Strache, Strache ist mir sympathisch, hat gute Argumente, hat sich in den TV-Konfrontationen gut geschlagen;	14
Weil die FPÖ EU-kritisch ist, FPÖ ist gegen den Euro, FPÖ ist gegen die Hilfe für Schuldenländer, kein Geld für Griechenland, Spanien, Portugal, Österreich sollte keine Haftungen für andere Staaten übernehmen	12
Anderes	7

Quelle: 20/010/2013, ECOQUEST, Repräsentative Wahltagsbefragung (2013).

Primäres **Wahlmotiv für die Liste Frank (Team Stronach)** war die Person Stronach (29%), mit Abstand folgen frischer Wind/Verlässlichkeit (15%), Protest (10%) und Wirtschaftskompetenz (7%).

Bei **NEOS-Wählern** war das mit Abstand stärkste **Wahlmotiv** Protest (50%), erkenntlich auch die Hoffnung auf Veränderung (29%). Programm/Liberalismus nannten 13 Prozent, den Kandidaten Hans Peter Haselsteiner 9 Prozent, andere Personen 7 Prozent. 10 Prozent verwiesen auf diverse inhaltliche Punkte.

Die Person Josef Bucher stand für **BZÖ-Wähler** als **Wahlmotiv** im Vordergrund (39%). Jeweils ca. ein Fünftel verwiesen auf Protest/kleineres Übel, Programm/Linie und Reformen.

## 2.5. Hintergrundfaktoren der Wahlentscheidung

Mehr als sieben von zehn Wählern geben an, sich im letzten Jahr sehr (39%) oder eher (33%) über die Politik einer oder mehrerer Parteien **geärgert** zu haben. Besonders ausgeprägt war die Verärgerung bei Wählern von NEOS, Team Stronach und der FPÖ.

**Tabelle 23: Ärger über Parteien 2013**

„Haben Sie sich im letzten Jahr über die Politik einer oder mehrerer Parteien...“	
In Prozent	2013
sehr geärgert	39
eher geärgert	33
nur wenig geärgert	13
kaum oder gar nicht geärgert	15

Quelle: 20/010/2013, ECOQUEST, Repräsentative Wahltagsbefragung (2013).

**Tabelle 24: Wahlverhalten und starker Ärger**

„Haben Sie sich im letzten Jahr über die Politik einer oder mehrerer Parteien...“							
In Prozent	SPÖ	ÖVP	FPÖ	GRÜNE	TS	NEOS	BZÖ
sehr geärgert	31	25	52	40	52	57	42
eher geärgert	38	41	20	32	25	30	40
nur wenig geärgert	16	14	15	12	4	11	7
kaum oder gar nicht geärgert	15	20	13	15	12	3	7

Quelle: 20/010/2013, ECOQUEST, Repräsentative Wahltagsbefragung (2013).

Tiefgehend als die oft situationsbezogene Verärgerung ist der **Eindruck substanziellen Politikversagens**. Beinahe die Hälfte der Wähler (47%) – Nichtwähler, die erfahrungsgemäß einen noch höheren Anteil an negativ gestimmten Personen aufweisen, wurden ja nicht befragt – gibt an, dass die österreichische Politik in entscheidenden Fragen dauernd oder oft versagt. Dieser Befund deckt sich im Wesentlichen mit dem Ergebnis der Politische-Kultur-Forschung, wonach der Prozentsatz an Personen die permanentes oder häufiges Politikversagen in entscheidenden Fragen monieren, seit den achtziger Jahren (des vorigen Jahrhunderts) deutlich gestiegen ist. Diesbezüglich besonders kritisch zeigen sich Wähler vom Team Stronach (75% dauernd oder oft), der NEOS (59%)

und der FPÖ (66%). SPÖ- und vor allem ÖVP-Wähler geben diesbezüglich ein vergleichsweise milderes Urteil ab.

**Tabelle 25: Eindruck des Politikversagens**

„Würden Sie sagen, dass die österreichische Politik in entscheidenden Fragen...“	
dauernd versagt	9
oft versagt	38
manchmal versagt	39
nur selten oder so gut wie nie versagt	11

Quelle: 20/010/2013, ECOQUEST, Repräsentative Wahltagsbefragung (2013).

**Tabelle 26: Wahlverhalten und Eindruck des Politikversagens**

„Würden Sie sagen, dass die österreichische Politik in entscheidenden Fragen...“							
In Prozent	SPÖ	ÖVP	FPÖ	GRÜNE	TS	NEOS	BZÖ
dauernd versagt	3	3	22	6	15	11	11
oft versagt	32	27	44	44	60	48	40
manchmal versagt	45	48	27	42	22	35	44
nur selten oder so gut wie nie versagt	17	17	5	6	2	5	2

Quelle: 20/010/2013, ECOQUEST, Repräsentative Wahltagsbefragung (2013).

Zu den Hintergrundfaktoren der Wahlentscheidung zählt auch die **Einstellung zur Europäischen Union**. Diese hat sich seit der letzten Nationalratswahl deutlich verschlechtert: 2008 vertraten noch 65 Prozent der Wähler die Ansicht, die EU-Mitgliedschaft brächte für die österreichische Bevölkerung insgesamt mehr Vorteile als Nachteile. 2013 vertraten nur mehr 47 Prozent diese Ansicht. Als besonders EU-kritisch erwiesen sich die Wähler der FPÖ; mehrheitlich aber auch solche von Stronach und dem BZÖ. GRÜNE und NEOS zeigten sich besonders EU-positiv gestimmt, gefolgt von ÖVP-Wählern. Das Stimmungsbild im SPÖ-Elektorat entspricht in etwa dem der Gesamtwählerschaft.

**Tabelle 27: Einstellung zur EU-Mitgliedschaft: 2008 und 2013**

„Bringt die EU-Mitgliedschaft unseres Landes für die österreichische Bevölkerung insgesamt gesehen eher mehr Vorteile oder mehr Nachteile?“		
In Prozent	2008	2013
eher Vorteile	65	47
eher Nachteile	32	41
weiß nicht, keine Angabe	3	12

Quelle: GfK AUSTRIA, Repräsentative Wahltagsbefragungen (1979-2008).

Quelle: 20/010/2013, ECOQUEST, Repräsentative Wahltagsbefragung (2013).

**Tabelle 28: Wahlverhalten und Einstellungen zur EU-Mitgliedschaft 2013**

„Bringt die EU-Mitgliedschaft unseres Landes für die österreichische Bevölkerung insgesamt gesehen eher mehr Vorteile oder mehr Nachteile?“							
In Prozent	SPÖ	ÖVP	FPÖ	GRÜNE	TS	NEOS	BZÖ
eher Vorteile	50	57	19	76	29	74	24
eher Nachteile	38	27	71	15	60	16	66
weiß nicht, keine Angabe	13	16	10	9	11	10	10

Quelle: 20/010/2013, ECOQUEST, Repräsentative Wahltagsbefragung (2013).

Ein traditioneller Bestimmungsfaktor des österreichischen Wahlverhaltens ist schließlich das religiöse Bekenntnis in Verbindung mit der Kirchgangfrequenz (Häufigkeit des Besuchs des Gottesdienstes). Katholiken stimmten zu 26 Prozent für die SPÖ, zu 25 Prozent für die ÖVP und zu 22 Prozent für die GRÜNEN. 5 Prozent gaben dem Team Stronach, 4 Prozent den NEOS und 3 Prozent dem BZÖ ihre Stimme. Weit größer sind die Unterschiede bei regelmäßigen sonntäglichen Kirchgängern unter den Katholiken: Hier kam die ÖVP auf 46 Prozent, die SPÖ, vor allem aber FPÖ, GRÜNE und NEOS schnitten stark unterdurchschnittlich ab. Unter nur sporadischen katholischen Kirchgängern wiederum fand die ÖVP nur bei 20 Prozent Zustimmung. Überdurchschnittliche Zustimmung fanden SPÖ, GRÜNE, NEOS und BZÖ bei protestantischen Wählern; ÖVP und FPÖ lagen hier erkennbar unter ihrem Durchschnitt. Die entsprechenden Prozentsätze stellen allerdings auf Grund der geringen Anzahl protestantischer Wähler lediglich Tendenzwerte dar. Unter Befragten ohne religiösen Bekenntnis erzielten SPÖ, GRÜNE und NEOS überdurchschnittliche Werte; die ÖVP ist in dieser Gruppe nur mit einem Anteil von 10 Prozent vertreten.

**Tabelle 29: Wahlverhalten 2013 nach Religion und Kirchgangsfrequenz**

In Prozent	SPÖ	ÖVP	FPÖ	GRÜNE	TS	NEOS	BZÖ
katholisch	26	25	22	11	6	4	3
katholisch Kern	24	46	12	7	7	2	2
katholisch Rand	26	20	25	12	6	4	4
protestantisch	36	13	10	17	6	7	10
ohne religiöses Bekenntnis	30	10	19	22	3	7	2

Quelle: 20/010/2013, ECOQUEST, Repräsentative Wahltagsbefragung (2013).

Anmerkung: katholisch Kern: Katholiken, die fast jeden Sonntag oder häufiger den Gottesdienst besuchen

Katholisch Rand: Katholiken, die nur zu den gebotenen Feiertagen oder seltener/nie den Gottesdienst besuchen

Anmerkung: Rest auf 100% = andere Parteien bzw. ungültig gewählt. Fallzahlbedingte Tendenzwerte aufgrund statistischer Schwankungsbreiten.

## 2.6. Das Internet als politische Informationsquelle

Mit der steigenden Nutzung des Internets nimmt auch dessen Bedeutung als Quelle politischer Informationen zu. Von den 77 Prozent an Wählern, die über einen Internetzugang verfügen, nutzen 17 Prozent dieses Medium nahezu täglich um sich politisch zu informieren, 19 Prozent immerhin mehrmals pro Woche. 63 Prozent greifen diesbezüglich seltener oder nie auf das Internet zurück.

Als aussagekräftig erweisen sich die Unterschiede zwischen den Parteiwählerschaften: 45 Prozent der NEOS- wie der GRÜN-Wähler - nutzen das Internet täglich oder mehrmals pro Woche für politische Informationen, wobei die NEOS besonders intensive Nutzer sind. Umgekehrt zeigen sich 72 Prozent der FPÖ-Wähler und 80 Prozent der Team Stronach-Wähler als weitgehend internetabstinent.

**Tabelle 30: Nutzung des Internets für politische Informationen**

„Wie oft nutzen Sie das Internet für politische Information?“ *)	
nahezu täglich	17
mehrmals die Woche	19
seltener/fast nie	63

Quelle: 20/010/2013, ECOQUEST, Repräsentative Wahltagsbefragung (2013).

\*) Basis: Internet-User = 77 Prozent der Stichprobe

**Tabelle 31: Wahlverhalten und Internet als politische Informationsquelle**

„Wie oft nutzen Sie das Internet für politische Information?“ *)							
In %	SPÖ	ÖVP	FPÖ	GRÜNE	TS	NEOS	BZÖ
nahezu täglich	19	19	8	21	6	33	18
mehrmals die Woche	21	15	20	24	14	12	21
seltener/fast nie	59	66	72	55	80	55	61

Quelle: 20/010/2013, ECOQUEST, Repräsentative Wahltagsbefragung (2013).

\*) Basis: Internet-User = 77 Prozent der Stichprobe

### 3. Bewertung und Folgen

Für die beiden Regierungsparteien stellt sich das Ergebnis, wie schon erwähnt, durchwachsen dar. Zum einen hat ihre primär auf die Ansprache von Stammwählern und die Konzentration auf vertraute (Stärke-)Themen orientierte „Haltestrategie“ ihre Einbußen in Grenzen gehalten und eine parlamentarische Mehrheit für eine Neuauflage der SPÖ-ÖVP-Koalition gesichert. Zum anderen haben sie das jeweils schlechteste Wahlergebnis seit 1945 erzielt. Prozentmäßig liegen sie gemeinsam nur mehr sehr knapp über der 50-Prozent-Marke. Damit hat sich neben dem Rückgang der Wahlbeteiligung auch die wahlpolitische Erosion der beiden Traditionsparteien fortgesetzt: Während SPÖ und ÖVP 1945 bis 1983 im Durchschnitt rund neun von zehn abgegebenen gültigen Stimmen auf sich vereinen konnten, waren es in den beiden folgenden Jahrzehnten (bei teilweise größeren Schwankungen) nur noch etwa sieben von zehn und in den beiden letzten Wahlen lediglich 55,3 bzw. 50,8 Prozent – sowohl beim Rückgang der Wahlbeteiligung wie bei der zunehmend rasant schwindenden Zustimmung zu den beiden Traditionsparteien handelt es sich um langfristige Trends, die nur in Ausnahmefällen kurzfristig unterbrochen worden sind.

**Tabelle 32: Stimmenanteile von SPÖ und ÖVP nach Perioden**

abgegebene gültige Stimmen in Prozent	SPÖ	ÖVP	SPÖ+ÖVP
1945	44,6	49,8	94,4
1949	38,7	44,0	82,7
1953	42,1	41,3	83,4
1956	43,0	46,0	89,0
1959	44,8	44,2	89,0
1962	44,0	45,4	89,4
1966	42,6	48,3	90,9
1970	48,4	44,7	93,1
1971	50,0	43,1	93,1
1975	50,4	43,0	93,4
1979	51,0	41,9	92,9
1983	47,7	43,2	90,9
1986	43,1	41,3	84,4
1990	42,8	32,1	74,9
1994	34,9	27,7	62,6
1995	38,1	28,3	68,4
1999	33,2	26,9	60,1
2002	36,5	42,3	78,8
2006	35,3	34,3	69,6
2008	29,3	26	55,3
2013	26,8	24	50,8

Quelle: Bundesministerium für Inneres

Die Ergebnisse der Wahltagsbefragungen (von ECOQUEST bzw. GfK-Austria) seit 1986 – für die Wahlgänge davor liegen keine vergleichbaren Daten vor – zeichnen die Dramatik dieser Entwicklung auch im Hinblick auf einzelne Bevölkerungsgruppen nach. De facto kommt SPÖ und ÖVP nur noch bei ihren traditionellen Kerngruppen, also gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmern bzw. Landwirten und regelmäßigen katholischen Kirchgängern (jeweils zahlenmäßig stark rückläufige Gruppierungen) ein (zudem noch abnehmender) Status als „Großparteien“ zu. Wie die folgende Tabelle bei ausgewählten Wählergruppen zeigt, betreffen massive Einbrüche nicht nur besonders mobile Gruppierungen wie die jüngere Wählergeneration, die oberen Bildungsschichten und die White Collars (Angestellte und Beamte), sondern auch die älteren Wählergenerationen: Bei

Pensionisten etwa kommen SPÖ und ÖVP zwar noch gemeinsam auf 60 Prozent, 1986 waren es aber noch 90 Prozent. Die ältere Generation ist jene, bei der Parteibindung noch eine gewisse Rolle spielt und einen Vorteil für die Traditionsparteien darstellt. Da Parteibindungen kaum mehr aufgebaut werden, wachsen zunehmend auch mobile Wähler in scheinbar aber eben nicht wirklich „sichere“ Gruppen hinein.

**Tabelle 33: Entwicklung des Stimmenanteils von SPÖ und ÖVP bei ausgewählten Gruppen, 1986-2013**

	1986	1990	1994	1995	1999	2002	2006	2008	2013	1986-2013
Männer – SPÖ	42	39	34	35	31	32	34	30	24	-18
Männer - ÖVP	38	29	25	26	26	44	35	25	23	-15
Männer – SPÖ+ÖVP	80	68	59	61	57	76	69	55	47	-33
Frauen– SPÖ	43	44	36	40	35	40	31	31	30	-13
Frauen - ÖVP	43	33	30	29	27	40	35	28	21	-22
Frauen – SPÖ+ÖVP	86	77	66	69	62	80	66	59	51	-35
Arbeiter – SPÖ	57	52	47	41	35	41	47	27	36	-21
Arbeiter – ÖVP	27	19	15	15	12	34	25	19	18	-9
Arbeiter – SPÖ+ÖVP	84	71	62	56	57	75	72	46	54	-30
Angestellte+Beamte SPÖ	42	38	30	36	36	37	35	27	24	-18
Angestellte+Beamte ÖVP	35	28	25	26	25	38	32	26	18	-17
Angest.+Beam. SPÖ+ÖVP	77	66	55	62	61	75	67	53	42	-35
Unter 30 Jahren – SPÖ	39	35	31	30	25	29	16	16	17	-22
Unter 30 Jahren – ÖVP	33	24	19	18	17	33	30	20	21	-12
Unter 30 J. – SPÖ+ÖVP	72	69	50	48	42	62	46	36	38	-34
Matura+Uni – SPÖ	29	24	19	30	27	28	27	25	17	-12
Matura+Uni – ÖVP	46	38	32	32	30	44	39	26	22	-24
Matura+Uni – SPÖ+ÖVP	75	62	51	62	57	72	66	51	39	-36
Pensionisten – SPÖ	49	47	40	45	43	43	41	39	35	-14
Pensionisten – ÖVP	41	32	31	32	30	46	36	29	25	-16
Pensionisten SPÖ+ÖVP	90	79	71	77	73	89	77	68	60	-30

Quelle: GfK AUSTRIA, Repräsentative Wahltagsbefragungen (1986-2008).  
 Quelle: 20/010/2013, ECOQUEST, Repräsentative Wahltagsbefragung (2013).

---

Das Ergebnis der Nationalratswahlen stellt jedenfalls eine Schwächung der Regierungsparteien dar, die immer weniger gewillt oder imstande sind, sich auf die Erfordernisse eines offenen und mobilen Wählermarktes einzustellen. Damit einher geht eine weitere Zersplitterung der heimischen Parteienlandschaft, wobei nicht alle Akteure in ihrer gegenwärtigen Form bzw. Stärke mittelfristig bestehen werden. Dieser Prozess ist bei Weitem nicht abgeschlossen. Der Einzug von zwei neuen Parteien in den Nationalrat signalisiert zudem eine weitere politische Umorientierung größerer Segmente der Wählerschaft. Bekanntlich gab es zuletzt zwei solcher Umbruchphasen, nämlich in den späten siebziger und frühen achtziger Jahren die Herausbildung der GRÜNEN und etwa ein Jahrzehnt später den rechtspopulistischen Schwenk der FPÖ (**Dachs** 2006, **Pruckner** 2005, **Heinisch** 2004, **Fröhlich-Steffen** 2004) mit anschließendem, wenngleich nicht linearem Aufstieg der FPÖ (**Heinisch** 2012, **Ullrich und Tributsch** 2004). Beide Fälle verweisen im Übrigen darauf, dass derartige Unruhephasen Jahre benötigen, bis sich herauskristallisiert, welche neuen Partei(en) überhaupt in der Lage sind, sich längerfristig zu stabilisieren.

Derzeit zeichnet sich eine Neuorientierung in der Mitte des politischen Spektrums bzw. rechts davon ab, wobei es als zu kurz greifen dürfte, die neu entstandenen bzw. noch entstehenden Kräfte nur als situative, vorübergehende Erscheinungen abzutun. Vielmehr stießen diese in ein politisches Vakuum (bzw. werden weiterhin dorthin vorstoßen), das die etablierten Parteien nicht mehr auszufüllen vermögen. Dabei zählen nunmehr zu den Etablierten nicht mehr nur die „üblichen Verdächtigten“ SPÖ und ÖVP, sondern auch die traditionellen Oppositionsparteien FPÖ/BZÖ und GRÜNE. Auch diese haben – wenngleich in unterschiedlichem Ausmaß – Wähler an die neuen Herausforderer abgeben müssen. Versucht man, die Neuen auf den dominanten gesellschaftspolitischen Konfliktachsen zu lokalisieren, so können die NEOS sozio-kulturell als „linksliberal“, das Team Stronach als „rechtskonservativ“ eingeordnet werden; sozioökonomisch beide als marktliberal.

Dies bedeutet insbesondere – aber nicht ausschließlich – eine veritable Herausforderung für die ÖVP, wofür auch die starken Abflüsse von der Volkspartei zu den NEOS in den Wiener Mittelschichtsbezirken und den urbanen Regionen Westösterreichs sprechen. Die SPÖ ist davon weniger betroffen, weil an die drei Viertel ihrer verbliebenen Wähler direkt oder indirekt von öffentlichen Transferleistungen abhängig sind und deren sozialgarantistischen Einstellungen mit wirtschaftsliberalen Vorstellungen kaum kompatibel erscheinen. Andererseits gibt es aber auch Anzeichen für eine gewisse Unruhe auf der linken Seite des politischen Spektrums (von der KPÖ in

der Steiermark bis zu den Piraten), auch wenn es diesen derzeit bundespolitisch an politischer Innovationskraft und zureichendem Verständnis an den Erfolgsbedingungen im politischen Wettbewerb mangelt.

Paradoxerweise stärkt das Wahlergebnis auf kurze Sicht die SPÖ-ÖVP-Koalition. Jenseits von ihr gibt es keine realistische und stabile Parlamentsmehrheit und die Hereinnahme eines „Dritten“ dürfte mehr Schwierigkeiten (bis zur bekannten Schieflage von „Triumviraten“) als Erneuerungsanstöße bringen – auch wenn anfänglich beträchtliches publizistisches Interesse erzielt werden kann. Bleibt die SPÖ-ÖVP Koalition (wie „neu“ auch immer), so bleibt der bisherige „fruchtbare“ Nährboden für oppositionelle Kräfte jeglicher Couleur. In Verbindung mit dem Befund einer mobilen, teilweise emotional verärgerten, teilweise von Zweifeln an der substantiellen politischen Fähigkeit der (vor allem traditionellen) Parteien geprägten Wählerschaft und einer nach wie vor hohen Attraktivität von FPÖ und GRÜN sind „die Zeichen an der Wand“ jedenfalls unübersehbar. Die erwartbare Neuauflage der SPÖ-ÖVP-Koalition wird die sie tragenden Parteien vor die Wahl stellen: entweder in „Angststarre“ zu verfallen und Unangenehmes zu vermeiden, um nicht die „letzten Getreuen“ zu verunsichern oder die Situation als letzte Chance zu begreifen, um vieles von dem in Angriff zu nehmen, was man bisher aus Furcht vor internen und externen Widerständen vermieden hat. Beides ist mit Risiken verbunden. Im Falle der „Angststarre“ ist die Fortsetzung des bisherigen Erosionsprozess quasi vorgegeben, was die beiden Traditionsparteien mit hoher Wahrscheinlichkeit bei der nächsten Nationalratswahl unter die 50-Prozent-Marke drücken wird, wenn nicht schon vorher interne Desintegrationsprozesse Platz greifen. Eine „Reformkoalition“ wiederum birgt die Gefahr in sich, an den internen wie externen Widerständen zu scheitern und entsprechend an der Wahlurne bestraft zu werden.

Für die zweite Variante spricht aber (in Anlehnung an Winston Churchill) allemal, dass man – wenn die vermutlichen Folgen und Risiken einer Entscheidung nicht wirklich einschätzbar sind – gleich das tun kann, was man für das Richtige hält.

## Tabellenanhang

**Tabelle A1: Wahlverhalten von Gewerkschaftsmitgliedern, 1990-2013**

In Prozent wählten	SPÖ	ÖVP	FPÖ	GRÜNE	TS	NEOS	BZÖ
1990	62	19	11	4	-	-	-
1994	50	19	19	7	-	-	-
1995	55	16	18	3	-	-	-
1999	49	19	21	6	-	-	-
2002	55	29	8	7	-	-	-
2006	53	22	8	10	-	-	2
2008	50	19	14	8	-	-	7
2013	36	20	17	10	4	4	4

Quelle: GfK AUSTRIA, Repräsentative Wahltagsbefragungen (1979-2008).

Quelle: 20/010/2013, ECOQUEST, Repräsentative Wahltagsbefragung (2013).

Anmerkung: Fallzahlbedingte Tendenzwerte

**Tabelle A2: Wahlverhalten stark konfessionell gebundener Wähler, 1990-2013**

In Prozent wählten	SPÖ	ÖVP	FPÖ*)	GRÜNE	TS	NEOS
1990	22	60	10	5	-	-
1994	20	59	14	5	-	-
1995	20	59	12	2	-	-
1999	20	59	13	4	-	-
2002	22	69	3	3	-	-
2006	22	53	8	6	-	-
2008	18	53	18	7	-	-
2013	24	46	14	7	3	4

Quelle: GfK AUSTRIA, Repräsentative Wahltagsbefragungen (1979-2008).

Quelle: 20/010/2013, ECOQUEST, Repräsentative Wahltagsbefragung (2013).

Anmerkung: Fallzahlbedingte Tendenzwerte. Regelmäßige katholische Kirchgänger. 2006-2013: Prozentanteile FPÖ+BZÖ (FPÖ\*)

**Tabelle A2: Wahlverhalten der Wechselwähler 1986-2013**

In Prozent der Wechselwähler haben gewählt	SPÖ	ÖVP	FPÖ	GRÜNE	TS	NEOS	BZÖ
1986	10	24	39	22	-	-	-
1990	15	11	51	9	-	-	-
1994	9	10	40	15	-	-	-
1995	25	21	34	5	-	-	-
1999	15	16	37	17	-	-	-
2002	30	48	6	13	-	-	-
2006	24	15	17	11	-	-	16
2008	11	8	28	12	-	6	25
2013	11	10	20	14	17	15	8

Quelle: GfK AUSTRIA, Repräsentative Wahltagsbefragungen (1979-2008).

Quelle: 20/010/2013, ECOQUEST, Repräsentative Wahltagsbefragung (2013).

Anmerkung: Differenz auf 100%: Sonstige Parteien und Rundungsfehler

## Literaturverzeichnis

Herbert Dachs: Grünalternative Parteien in Österreich, in: Herbert Dachs, Peter Gerlich et.al. (Hg.): Politik in Österreich. Das Handbuch, Wien 2006.

Susanne Fröhlich-Steffen: The FPÖ and its Identity Politics. Shifting from German Nationalism to Austrian Patriotism, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 2004/3.

Reinhard Heinisch: The Austrian Freedom Party in International Comparison. Success and Failure of Identitarian Populism, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 2004/3

Reinhard Heinisch: Demokratiekritik und (Rechts-)Populismus: Modellfall Österreich?, in: Ludgar Helms und David M. Wineroither (Hrsg.): Die österreichische Demokratie im Vergleich, Baden-Baden 2012.

Fritz Plasser und Peter A. Ulram: Unbehagen im Parteienstaat, Wien 1981.

Fritz Plasser und Peter A. Ulram (Hrsg.): Staatsbürger oder Untertanen? Politische Kultur Deutschlands, Österreichs und der Schweiz im Vergleich, Frankfurt/M 1993.

Fritz Plasser und Peter A. Ulram: Politische Involvierung und Unterstützung in Österreich, in: Fritz Plasser, Oscar W. Gabriel, Jürgen W. Falter und Peter A. Ulram (Hg.): Wahlen und politische Einstellungen in Deutschland und Österreich, Frankfurt/M 1999.

Fritz Plasser und Peter A. Ulram: Das österreichische Politikverständnis. Von der Konsens- zur Konfliktkultur, Wien 2002.

Fritz Plasser und Peter A. Ulram Bürger und Politik in Österreich, in: Oscar W. Gabriel und Fritz Plasser (Hrsg.): Deutschland, Österreich und die Schweiz im neuen Europa. Bürger und Politik, Baden-Baden 2010.

Fritz Plasser und Gilg Seeber: Wahlentscheidung in der Boulevard-Demokratie. Die Kronen Zeitung, Nes Bias und Medieneffekte, in: Fritz Plasser (Hrsg.): Politik in der Medienarena. Praxis politischer Kommunikation in Österreich, Wien 2010.

Fritz Plasser, Gilg Seeber und Peter A. Ulram: Breaking the Mold. Politische Wettbewerbsräume und Wahlverhalten Ende der neunziger Jahre, in: Fritz Plasser, Peter A. Ulram und Franz Sommer (Hrsg.): Das österreichische Wahlverhalten, Wien 2000.

Fritz Plasser, Peter A. Ulram und Alfred Grausgruber: The Decline of „Lager Mentality“ and the New Model of Electoral Competition in Austria, in: Kurt Richard Luther and Wolfgang C. Müller (eds.): Politics in Austria. Still a Case of Consociationalism?, London 1992.

Othmar Pruckner: Kurze Geschichte der GRÜNEN, Wien 2005.

Peter A. Ulram: Hegemonie und Erosion. Politische Kultur und politischer Wandel in Österreich, Wien 1990.

Peter A. Ulram: Das Parteibuch. Die soziale Bedeutung der Parteimitgliedschaft, in: Wolfgang Kos und Georg Rigele (Hrsg.): Inventur 45/55. Österreich im ersten Jahrzehnt der Zweiten Republik, Wien 1996

Peter A. Ulram: Krise(n) und Politik, unveröffentlichtes Manuskript, Wien 2012.

Peter A. Ulram und Svila Tributsch: Kleine Nation mit Eigenschaften. Über das Verhältnis der Österreicher zu sich selbst und zu ihren Nachbarn..